

»Gerechtigkeit und christliche Liebe« Wilhelm von Pechmanns Eintreten für die Juden in Deutschland 1933–1945

Von Gottfried Mehnert

Der deutsche Widerstand im Dritten Reich war, wie der kanadische Widerstandsforscher Peter Hoffmann bei der X. Königswinterer Tagung der »Forschungsgemeinschaft 20. Juli« im November 1997 hervorhob, weitgehend von Einzelpersonen getragen. Das erklärt, weshalb neben den bekannten Persönlichkeiten des Widerstands zahlreiche kaum bekannte oder unbekannte Frauen und Männer stehen. Eine dieser weniger bekannten Persönlichkeiten ist Wilhelm Freiherr von Pechmann (1859–1948).¹ Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, war Pechmann bereits 73 Jahre alt. Von Anfang an war er ein entschiedener Gegner des nationalsozialistischen Regimes. Als politisch Konservativer war er vor dem 1. Weltkrieg Vorsitzender der Deutschen Reichspartei in Bayern, nach dem Kriege gehörte er kurze Zeit der Bayerischen Volkspartei an und war Abgeordneter des Bayerischen Landtags, trat jedoch schon Mitte 1919 wieder aus, weil er seine »Hoffnung auf fortschreitende Zusammenfassung der volks- und staaterhaltenden Kräfte beider christlicher Bekenntnisse völlig gescheitert« sah.²

1 Der in Memmingen geborene Jurist war u. a. Vorstandsmitglied der Bayerischen Handelsbank (1889–1937), Mitglied des Centralausschusses der Reichsbank (1925), darüber hinaus in zahlreichen anderen Funktionen des deutschen Bankenwesens. In der Evangelischen Kirche hat er führende Positionen innegehabt: er war u. a. Präsident der Bayerischen Landessynode, Präsident des verfassungsgebenden Kirchentages 1921 in Stuttgart, danach Präsident der Deutschen Evangelischen Kirchentage 1924, 1927 und 1930; Mitglied des Deutschen Evang. Kirchenausschusses und von dessen Rechts- und Finanzausschuss, ferner Mitglied und Schriftführer des Ständigen Ausschusses des Lutherischen Weltkonvents, Teilnehmer an der Weltkirchenkonferenz 1925 in Stockholm und deren Fortsetzungsausschuss; Ehrenkommendator des Johanniter-Ordens. Vgl. *Aufstand des Gewissens. Erinnerung an Wilhelm von Pechmann 1859–1948. Texte und Bilder der Gedenkveranstaltung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in Memmingen 1998*, hg. v. Dieter BREIT, München 1998; Rudolf VORDERHOLZER, *Stimme des Gewissens im Kampf gegen das Böse. Wilhelm Freiherr von Pechmann (1859–1948)*, in: *Münchener Theologische Zeitschrift* 52 (2001) 3, S. 245–259.

2 Gottfried MEHNERT, *Kirche und Politik, 1917–1919. Die politischen Strömungen im dt. Protestantismus v. d. Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919*, Düsseldorf 1959, S. 166, 172.

In den folgenden Jahren hat sich Pechmann, der sich selbst als »entschiedenster Anhänger eines unkonfessionalistischen Luthertums« bezeichnet hat,³ besonders intensiv in der evangelischen Kirche engagiert. Der Synode seiner bayerischen Heimatkirche hatte er schon seit 1901 angehört, 1919–1922 als deren Präsident. Er war maßgeblich an der Schaffung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes beteiligt und hat vor allem dessen Verfassung mitgestaltet. Als Präsident der Deutschen Evangelischen Kirchentage hatte er sich hohes Ansehen erworben und unterhielt Kontakte zur Ökumenischen Bewegung und zum Weltluthertum. Er stand mit bedeutenden evangelischen Theologen in Verbindung, wie – um nur die wichtigsten zu nennen – mit Karl Barth, mit den Landesbischöfen Hans Meiser und Theophil Wurm, mit dem Münchener Dekan Friedrich Langenfaß, den Erlanger Professoren Paul Althaus und Hermann Sasse, mit Wilhelm Laible, dem Herausgeber der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung, Wilhelm Schubring, dem Schriftleiter des Protestantenblattes und vor allem mit Martin Rade. Darüber hinaus genoss er als herausragender Repräsentant der evangelischen Kirche in der katholischen Kirche hohe Achtung; er stand besonders in den Jahren nach 1933 in Kontakt mit Bischof Clemens August Graf von Galen in Münster, mit dem Erzbischof von München-Freising Michael Kardinal Faulhaber und dem Regensburger Bischof Michael Buchberger.

Kirchlich wie auch politisch stand er in bewusster Opposition und entfaltete in den Jahren seit 1933 eine umfangreiche Korrespondenz. Dass er nicht mehr aktiv in den Kreisen des deutschen Widerstands mitgewirkt hat, hat wohl seinen Grund darin, dass er schon in hohem Alter stand. Doch seine zahlreichen Briefe lassen erkennen, dass er gleichwohl seinen Einfluss nachdrücklich geltend zu machen suchte. An Martin Rade (1857–1940),⁴ den einstigen Professor für Systematische Theologie in Marburg und 1886 Mitbegründer sowie Schriftleiter (bis 1932) der liberalprotestantischen Zeitschrift »Die Christliche Welt«,⁵ schrieb er am 8. September 1934: »... wie glücklich wird ein späterer Kirchengeschichtsschreiber über jeden einzelnen von denen sein, die auch vor dem Baal dieser Zeit ihre Knie nicht gebeugt haben«.⁶

3 Friedrich Wilhelm KANTZENBACH (Hg.), *Widerstand und Solidarität der Christen in Deutschland 1933–1945. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf aus den Papieren des Wilhelm Freiherr von Pechmann*, Neustadt/Aisch 1971, S. 222.

4 Johannes RATHJE, *Die Welt des freien Protestantismus. Ein Beitrag zur deutsch-evangelischen Geistesgeschichte. Dargestellt an Leben und Werk von Martin Rade*, Stuttgart 1952.

5 Vgl. Gottfried MEHNERT, *Programme evangelischer Kirchenzeitungen im 19. Jahrhundert*, Witten 1972, S. 143.

6 KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 90.

In der älteren Geschichtsschreibung des Kirchenkampfes wird von Pechmann nur sporadisch erwähnt. Erst Klaus Scholder⁷ hat ihn in seinen Arbeiten zum Kirchenkampf eingehend gewürdigt und darauf hingewiesen, dass er »wohl überhaupt der erste unter den führenden deutschen Protestanten« war, »der die Dinge richtig sah. Er sprach von dem ›Meer von Haß und Lüge unserer Tage«, zu dem die Kirche unter allen Umständen etwas sagen müsse«. ⁸ Das war in der Sitzung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses am 2./3. März 1933, in der der württembergische Kirchenpräsident Wurm von einer »Eingabe von einer Reihe von Damen« (genannt wird Agnes von Zahn-Harnack) berichtete, die darum baten, dass der Kirchenausschuss seine Stimme öffentlich erheben solle gegen die Verwendung religiöser Formen in Wahlreden, gegen die Gleichsetzung von religiösen und politischen Begriffen und gegen den »Kampf gegen unsere jüdischen Volksgenossen, der nicht nur unsere Volksgemeinschaft zerstöre, sondern den man nur als eine fortgesetzte Übertretung des obersten Gebotes des Christentums ansehen könne«. ⁹

Im Rückblick auf diese Sitzung schrieb Pechmann am 15. April 1933 an den früheren württembergischen Konsistorialpräsidenten D. Karl Hermann von Zeller: »Wenn ich an die vierstündige Debatte zurückdenke, in welcher es am Nachmittag des 3. März mit Mühe und Not gelungen ist, die in ihrem Kern von mir beantragte Kundgebung durchzusetzen; wenn ich mir insbesondere vergegenwärtige, in welchem Grade eine ganze Reihe der Reden, auch solche von hochstehenden Männern, rein tagespolitisch gefärbt waren, so finde ich fast mehr Grund zur Besorgnis als Grund zu irgend welcher Zuversicht. Für meine Person werde ich mich jeglicher Abschwächung der landeskirchlichen Selbständigkeit unter allen Umständen bis aufs äußerste widersetzen.« ¹⁰

Für Pechmann ging es um zwei ihn tief bewegende Fragen: Erstens um die Erhaltung der Struktur des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes gegen die Tendenzen zu dessen Umgestaltung in eine »Reichskirche«. In dem zitierten Brief schreibt er an Zeller, in seiner Jugend sei für ihn der »Partikularismus der Feind gewesen«, jetzt stehe er »in der Abwehr gegen einen Unitarismus, der nur unheilvolle Früchte tragen kann. Möge der Gewaltstreich, mit dem er im Reiche sich durchgesetzt hat, nicht von üblen Folgen auch für die Kirche sein!« Mit der Qualifizierung der nationalsozialistischen »Machtergreifung«

7 Klaus SCHOLDER, *Die Kapitulation der Evangelischen Kirche vor dem nationalsozialistischen Staat*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 81 (1970); DERS., *Die Kirchen und das Dritte Reich*. Band 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt/M. 1977.

8 EBD., S. 290.

9 Zit. EBD.

10 KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 38.

als »Gewaltstreich« ist das zweite Skandalon angedeutet: Die Vergiftung der politischen Atmosphäre, die Korrumpierung des Rechtes, das Unrecht an den Juden in Deutschland.

Die Kundgebung, die unverkennbar die Diktion Pechmanns erkennen lässt, rief den evangelischen Christen zu: »1. Je mehr des Hasses, desto mehr Liebe! Röm. 12,21! [Laß dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute!] 2. Je mehr der Lüge, desto strengere Wahrhaftigkeit! Nehmet es ernst mit dem 8. Gebote! 3. Je mehr des selbstischen Wesens, desto mehr selbstlose Hingabe an das, was des Nächsten ist, und an das, was über allem steht: das ganze Volk, das ganze Vaterland!«¹¹

Es gehört zur »disziplinierten Wahrheitssuche« (Hans Rothfels), die Dokumente und vor allem ihre Ausdrucksweise und Begrifflichkeit im Verständnishorizont ihrer Zeit zu verstehen und zu interpretieren. Dabei dürfte es unabdingbar sein, die Metaphorik der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda sozusagen differentialdiagnostisch zu unterscheiden von der Ausdrucksweise der konservativen, zumal im Luthertum verwurzelten Tradition. Die Wertschätzung des »Volkes«, des »Vaterlandes« war für einen durch und durch Konservativen wie von Pechmann kein weltanschauliches Absolutum, sie stand für ihn, den »bewußten Lutheraner«¹², unter dem Gesetz der Schöpfungsordnung und letzten Endes unter dem Gericht Gottes¹³, und er hat es als stärksten Widerspruch zu Luther betrachtet, »wenn wir irgend welcher Übersteigerung des Volksgefühls das Wort reden oder wenn wir vergessen oder unterschätzen wollten, wie tief auch in allem Volkstum die Sünde sitzt«¹⁴.

Klaus Scholder hat mit umfangreichen Belegen dargestellt, wie sich die Situation seit Anfang März 1933 zuspitzte¹⁵ und sich bis zum Judenboykott vom 1. April 1933 entwickelte und wie die christlichen Kirchen sich dazu verhielten. Im folgenden soll deshalb nur dargestellt werden, wie Pechmann versucht

11 Zit. nach SCHOLDER, *Kirchen und das Dritte Reich* (wie Anm. 7), S. 291.

12 So bezeichnet sich Pechmann in seinem Beitrag »*Evangelisches Christentum in lutherischer Ausprägung*«, in: Gotthilf SCHENKEL (Hg.), *Der Protestantismus der Gegenwart*, Stuttgart 1926, S. 317.

13 »... die gegenwärtige Welt geht nicht der allmählichen Verklärung zum Reiche Gottes entgegen, sondern dem Gericht, dem das Böse in ihr zusehends entgegenreift« (EBD., S. 326).

14 EBD., S. 334. In gleicher Weise wie Pechmann 1926 argumentierte, hat der Marburger Theologe Rudolf BULTMANN in der Einleitung zu seiner Vorlesung am 2. Mai 1933 die »*Ordnungen der Schöpfung*« als »*Ordnungen der Sünde in ihrer bloßen Gegebenheit*« bezeichnet (DERS., *Die Aufgabe der Theologie in der gegenwärtigen Situation*, in: *Theologische Blätter* 6, Leipzig 1933, S. 181ff.).

15 SCHOLDER, *Kirchen und das Dritte Reich* (wie Anm. 7), S. 322ff. »Die Judenfrage (März–April)«.

hat, die Kirchen zu einer unmissverständlichen öffentlichen Intervention gegen die Judenverfolgung und Judenhetze zu bewegen.

Bereits in der Woche vor dem 1. April 1933, in der der Boykott jüdischer Geschäfte öffentlich angekündigt worden war, wandte sich von Pechmann telefonisch an den Direktor des Kirchenbundesamtes, Oberkonsistorialrat D. Johannes Hosemann, und am gleichen Tage auch telegraphisch an Präsident D. Dr. Hermann Kapler, den Vorsitzenden des Kirchengeschäftsausschusses, mit dem eindringlichen Ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass die evangelische Kirche gemeinsam oder parallel mit der katholischen Kirche gegen die Boykottmaßnahmen ein entschiedenes Wort spreche.¹⁶ Hier wird schon deutlich, dass Pechmann (wie schon 1918/19) für das gemeinsame Handeln beider Kirchen, für eine »Sammlung aller Gläubigen zur Abwehr des antichristlichen Ansturms«¹⁷ eintrat. Am 5. April schrieb er an den ihm seit langem bekannten Regensburger Bischof Michael Buchberger, dass er bisher das Ansinnen, »einem Schutzbunde für die Juden beizutreten«, abgelehnt habe, weil er meinte, dass die Christen, die Deutschen bedürftiger wären als die Juden, dass er aber nun der Überzeugung sei, dass »die christlichen Kirchen etwas von der Funktion übernehmen sollten, die ehemals jener Schutzbund zu erfüllen bemüht war«.¹⁸

Für den 25. April war eine außerordentliche Sitzung des Kirchengeschäftsausschusses in Berlin anberaumt worden, bei der zwei Themen zur Debatte standen, die Selbständigkeit der Kirche und die Judenfrage. Beides hing miteinander zusammen, ja man kann sagen, dass für die Unabhängigkeit der Kirche und ihrer leitenden Personen die Judenfrage ein Prüfstein war. Pechmann fühlte sich gedrängt, im Hinblick darauf in einem Brief vom 12. April¹⁹ an den Präsidenten des Kirchengeschäftsausschusses Kapler, »einer gewissen Sorge Ausdruck zu geben«. Er beschwört darin Kapler, »mit unbeugsamer Festigkeit jeden Versuch abzuwehren, durch welchen die volle Selbständigkeit der Kirche auch nur im geringsten in Frage gestellt werden könnte«, und fährt dann fort:

»Ich denke an eine Frage ganz anderer Art, welche mich seit vierzehn Tagen überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen läßt, nämlich an die in wechselnden Formen immer noch fortgehende Bewegung gegen die Juden. Im weitesten Maße richtet sich diese Bewegung gegen Angehörige unserer eigenen Kirche, auch gegen überzeugte und bewährte Angehörige derselben, und sie hat über

16 EBD., S. 338; auch der württembergische Kirchenpräsident Wurm und der Frankfurter Kirchenrat Johannes Kübel, wie Wurm Mitglied des Kirchengeschäftsausschusses, drängten auf eine öffentliche Erklärung (EBD., S. 339f.)

17 So in einem Brief an Bischof Graf von Galen vom 5. Dezember 1934, zit. bei KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. VII.

18 EBD. Mit dem Schutzbund ist der Verein zur Abwehr des Antisemitismus gemeint.

19 EBD., S. 36f.

ungezählte Familien, die sich mit vollem Recht christlich nennen, namenloses Leid gebracht. Angstvoll warten diese unsere Kirchenmitglieder von einem Tag zum andern auf ein Wort ihrer Kirche, welche ihnen, wie sie mit vollem Recht annehmen, schuldig ist, sie zu schützen. Aber darüber hinaus kann und darf die Kirche auch zu dem nicht schweigen, was unter Verletzung christlicher Gerechtigkeit und Liebe gegen jüdische Volksgenossen geschehen ist und geschieht. Auch hier hat die Kirche eine Mission zu erfüllen, der sie sich nicht entziehen kann, ohne sich selbst untreu zu werden: gar nicht zu reden von den ebenso verhängnisvollen wie unausbleiblichen Rückwirkungen, welche ein längeres Schweigen unserer Kirche auf ihre Stellung im Ganzen der ökumenischen Christenheit nach sich ziehen muß.«

In einer Nachschrift erinnert von Pechmann mit Bezugnahme auf die Kundgebung des Erzbischofs von Breslau vom 12. April daran, dass er vierzehn Tage zuvor telefonisch und telegraphisch dringlich gebeten hatte, gemeinsam mit der katholischen Kirche gegen die Judenverfolgung aufzutreten.

Die Sitzung des Kirchausschusses stand unter keinem guten Stern, denn wenige Stunden vor der am 25. April nachmittags beginnenden Sitzung hatte eine Unterredung Kaplers mit Hitler stattgefunden, von der Kapler dem Kirchausschuss berichtete.²⁰ Aus dem Protokoll geht hervor,²¹ dass Kapler in dem anderthalbstündigen Gespräch mit Hitler die Judenfrage »nicht namentlich erwähnt« hat; er habe es nicht für ratsam gehalten, bei dieser Unterredung mehr zu sagen. Im Vordergrund stand die Frage der Unabhängigkeit der Kirche. Scholder charakterisiert die Situation zutreffend, wenn er bemerkt, dass unter diesen Umständen die Entscheidung des Kirchausschusses »kaum mehr zweifelhaft sein« konnte: »Im Konflikt zwischen Kirchenpolitik und Gewissen siegte die Kirchenpolitik.«²²

Pechmann hat in der Ausschusssitzung am 26. April 1933 verzweifelt darum gekämpft, seinen Antrag zur Judenfrage durchzusetzen.²³ Diesen aus zwei Abschnitten bestehenden Antrag erwähnt Pechmann in drei Briefen, an Martin Rade vom 24. September 1934, an Wilhelm Laible vom 26. April 1935 und

20 Ausführlich bei SCHOLDER, *Kirchen und das Dritte Reich* (wie Anm. 7), S. 353, 383ff., der aufgrund handschriftlicher Sitzungsnotizen von Johannes Kübel und Wilhelm von Pechmann dieses Gespräch rekonstruiert hat; das Protokoll des Kirchausschusses enthält darüber nichts.

21 Der die Judenfrage betreffende Teil des Protokolls bei Armin BOYENS, *Kirchenkampf und Ökumene. Darstellung und Dokumentation unter besonderer Berücksichtigung der Quellen des Ökumenischen Rates der Kirchen*, München 1969, S. 295–299.

22 SCHOLDER, *Kirchen und das Dritte Reich* (wie Anm. 7), S. 386.

23 Scholder gibt seinen Wortlaut in den beiden in Anm. 7 genannten Publikationen nicht wieder, er sagt nur, daß Wilhelm von Pechmann versucht hat, »mit einer bewegenden Erklärung den Ausschuß umzustimmen«. Auch bei BOYENS (wie Anm. 21) ist der Wortlaut des Antrags nicht wiedergegeben. Die dort zitierte Anlage 4 ist offensichtlich eine referierende Zusammenfassung des Protokollführers Konsistorialrat Dr. Wahl.

an den bayerischen Landesbischof Hans Meiser vom 8. November 1941. Der Wortlaut variiert in diesen drei Briefen in einigen wenigen Formulierungen. Im Brief an Martin Rade lautet der Text:²⁴

1. Wir bekennen uns ohne Unterschied der Abstammung zu allen Gliedern unserer Kirche, auch und gerade auch zu denen, die ganz oder teilweise jüdischer Abstammung sind. Wir fühlen mit ihnen und wir werden für sie eintreten bis zu den Grenzen des Möglichen.
2. An die Träger der öffentlichen Gewalt aber richten wir die ernste Mahnung, bei allem, was zur Abstellung von Mißständen geschehen soll, die Grenzen nicht zu überschreiten, die durch die Gebote der Gerechtigkeit und der christlichen Liebe gezogen werden.

Tief enttäuscht nach München zurückgekehrt, hat er in einem Brief an Präsident Kapler unter Protest seinen Austritt aus dem Kirchengausschuss und aus dem Kirchentag erklärt. An Propst Dr. Per Pehrsson in Göteborg, mit dem er von der gemeinsamen Tätigkeit im Exekutivkomitee des Lutherischen Weltkonvents her befreundet war, schrieb er am 10. Mai 1933: »Ich habe mich ... bis aufs Äußerste zur Wehr gesetzt, als heute vor vierzehn Tagen der Deutsche Evangelische Kirchengausschuß Herrn Präsidenten D. Dr. Kapler weitreichende Vollmacht geben sollte: zu dem ausgesprochenen Zweck, die Verfassung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und der ihm angeschlossenen Landeskirchen in der Richtung auf eine Reichskirche umzugestalten. Daß mein Widerstand vergeblich geblieben ist, werde ich wohl nie mehr verwinden. Am Tage darauf habe ich alles aufgeboten, um wenigstens in der Judenfrage ein klares Wort herbeizuführen, mit welchem sich die Kirche zu ihren eigenen Angehörigen jüdischer Abstammung bekennen, aber auch für unsere jüdischen Volksgenossen Gerechtigkeit und christliche Liebe verlangen sollte. Ich bin heute noch davon durchdrungen, daß der Kirchengausschuß sich selbst und unserer Kirche nicht weniger als dem deutschen Volke und Vaterlande einen Dienst von unabsehbarer Tragweite erwiesen hätte, wenn er auf meine eindringlichen Vorstellungen eingegangen wäre.«²⁵

24 Bei KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 110. Im Brief an Laible (S. 139) ist im 1. Absatz nach »auch und« eingefügt »in der heutigen Zeit«, und anstelle der Worte »zu denen, die ganz oder teilweise jüdischer« steht die Formulierung »zu denjenigen Gliedern, die nicht oder nicht vollständig ›arischer‹«; im Brief an Meiser (S. 314f.) heißt es statt »auch und gerade auch zu denen« »auch, und heute gerade auch zu denjenigen Gliedern«. Von allen drei Briefen weicht die Anlage 4 zum Protokoll der Kirchengausschusssitzung bei Boysens (S. 299) erheblich ab. Diese auch von SCHOLDER, *Kapitulation* (wie Anm. 7), S. 191, zitierte Fassung des 2. Teils der Resolution lautet: »Auch fühlt sich der Kirchengausschuß gedrungen, an die öffentlichen Gewalten ein Wort christlicher Mahnung zu richten, auch bei noch so berechtigter Korrektur von Mißständen die Gebote der Gerechtigkeit und der christlichen Liebe nicht außer Acht zu lassen.«

25 KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 42.

Auch nach seinem Austritt aus Kirchengausschuss und Kirchentag versuchte von Pechmann weiterhin die Leitung des Kirchenbundes zu einer öffentlichen Äußerung in der Judenfrage zu bewegen. So schrieb er am 7. Juni 1933 an den Direktor des Kirchenbundesamtes D. Hosemann unter Bezugnahme auf Veröffentlichungen der »New York Times«, besonders auf eine Petition, die »im Namen von 26 Denominationen von 1.200 amerikanischen Geistlichen unterschrieben worden ist«: »Das verhängnisvolle Schweigen, das ich in der Sitzung vom 26. April vergeblich bemüht war, zu durchbrechen, wird sich angesichts solcher Schritte der amerikanischen Geistlichen schwerlich mehr aufrecht erhalten lassen. Freilich ist es heute unvergleichlich viel schwerer, das rechte Wort zu finden... Und doch wird man, wie ich glaube, schlechterdings gezwungen sein, jenes Schweigen nun endlich, endlich zu brechen.«²⁶

Neben der den meisten Raum der Korrespondenz von Pechmanns einnehmenden Kirchenfrage wird in vielen Briefen die Judenfrage angesprochen, die ihn, wie er immer wieder formuliert, seit dem April 1933 »nicht mehr zur Ruhe hat kommen lassen«. An Hans Ehrenberg schrieb er im Oktober 1933: »... von allem, was mich in dieser Zeit, menschlich gesprochen, bis zum Erliegen schwer bedrückt, geht mir nichts näher als das Unrecht, das unseren jüdischen Volksgenossen und nun vollends unseren ›nichtarischen‹ Glaubensgenossen widerfahren ist und widerfährt.«²⁷ Mit Karl Barth trat er – »obwohl persönlich Ihnen unbekannt, als Glied der *ecclesia abscondita*« – im November 1933 in einen brieflichen Gedankenaustausch ein und informierte ihn über seinen »Abwehrkampf, soweit er schriftlich geführt wurde«. Karl Barth schrieb in seiner Antwort am 21. November 1933 u. a.: »Mir ist darin [in den übersandten Dokumenten] besonders wichtig der Nachdruck, den Sie auf den Zusammenhang der kirchlichen mit der politischen Frage legen. Und sodann die vornehme Art, in der Sie sich der Juden annehmen.«²⁸

Seit dem April 1933 bemühte sich Pechmann unablässig, Hans Meiser von dessen zögernder Haltung abzubringen. Für Pechmann war es die Aufgabe der Kirche, dafür zu sorgen, »daß nach wie vor ohne Unterschied des politischen Denkens und Empfindens jeder evangelische Christ wenigstens in seiner Kirche das Heimatgefühl behält, das der neue Staat Hunderttausenden oder vielmehr Millionen seiner Angehörigen genommen hat und täglich von neuem nimmt.« Und unmittelbar den Bischof selbst ansprechend fügt er hinzu: »Glauben Sie mir, hochwürdigster Herr Landesbischof: wenn unsere Kirche diese Aufgabe nicht erfüllt, so wird sie innerlich und äußerlich zerfallen.«²⁹ Das

26 EBD., S. 47.

27 EBD., S. 66.

28 EBD., S. 70.

29 EBD., S. 48.

Verhältnis zwischen von Pechmann und Meiser, das bis zum Tode des Freiherrn währte, war im Grunde bestimmt von gegenseitiger Hochachtung und Ehrerbietung, aber es blieb nicht ohne zeitweilige Spannungen, wovon noch die Rede sein wird.

Wilhelm von Pechmann bemühte sich in den Jahren 1933 und 1934 darum, bis an die höchsten Stellen und Personen des Staates vorzudringen. Aus allem, was darüber in den von Kantzenbach edierten Dokumenten zu finden ist, spricht die Überzeugung Pechmanns, mit dem Gewicht seines Ansehens und durch seine Argumente die Regierung von ihrem Kurs gegenüber der Kirche abbringen zu können.³⁰ Nach der Wahl des Königsberger Wehrkreis Pfarrers und – seit Mai 1933 – Hitlers Kirchenbeauftragten Ludwig Müller zum Reichsbischof anstelle des zum Rücktritt genötigten Fritz von Bodelschwingh bat Pechmann mit einem Brief vom 1. Oktober 1933 den neuen Reichsbischof um ein Gespräch. Zugleich kündigte er seinen Austritt aus der Deutschen Evangelischen Kirche an, den er aber bis zur Unterredung zurückstellen wolle. Die Unterredung fand am 17. Oktober statt. Landesbischof Meiser, den Pechmann davon in Kenntnis gesetzt hatte, schrieb seinerseits an den Reichsbischof, um diesen »auf die Schwierigkeit und Tragweite des Falles aufmerksam zu machen«.³¹ Bei der Unterredung las Pechmann ein Memorandum »Zur kirchlichen Lage«³² vor, das an politischer Deutlichkeit nichts zu wünschen

30 In den Wochen der Krise im Juli 1933 um die Reichskirchenverfassung, die Wahl des Reichsbischofs und die Einsetzung des Staatskommissars schrieb Pechmann an den Reichskanzler, an Vizekanzler von Papen, an Staatssekretär Lammers und Kultusminister Schemm; vgl. EBD., S. 49–56.

31 EBD., S. 63f. Meiser schrieb, er möchte den Reichsbischof bitten, »bei der in Aussicht genommenen Unterredung doch alles zu tun, um Herrn Baron von Pechmann von der Ausführung seines Schrittes abzuhalten. Sein Austritt aus der Kirche könnte von der verhängnisvollsten Folge sein, da kaum ein anderer Vertreter des deutschen Protestantismus im Ausland ein solches Ansehen genießt, wie Herr von Pechmann, und sein Austritt aus der Kirche auf das ohnehin mißtrauisch gewordene kirchliche Ausland wie ein Fanal wirken müßte. Es kommt dazu, daß der Name von Pechmann auch in katholischen Kreisen einen guten Klang hat. Er gilt dort geradezu als der genuine Vertreter des Protestantismus, und alles was er sagt und schreibt, hat von jeher in der katholischen Welt ernsteste Beachtung gefunden. Auch in der heimischen Landeskirche genießt er das höchste Ansehen ... Wenn bekannt würde, daß er aus der Kirche ausgetreten ist, und wenn die Öffentlichkeit dazu noch die Gründe erführe, aus denen sein Austritt erfolgt ist, so könnte das für weite Kreise, die im Herzen ähnlich denken wie Herr von Pechmann, das Signal sein, ihm auf seinem Wege zu folgen. Herr von Pechmann ist ein ausgesprochener Legitimist, und es wird ihm schwer, sich in die politisch veränderten Verhältnisse der Gegenwart einzufügen. Er ist persönlich auch überaus empfindlich, und deswegen ist es nicht ganz leicht, mit ihm zu verhandeln. Er ist aber ein um die Kirche so hochverdienter Mann, daß alles geschehen müßte, um ihn einigermaßen mit dem gegenwärtigen Zustand der Dinge zu versöhnen.«

32 EBD., S. 64f.

übrig ließ. Eingangs wies er auf das Konkordat mit der katholischen Kirche hin, das »den Ansprüchen und Forderungen der katholischen Kirche vollauf gerecht wird«, und fuhr dann fort: »In tieferschmerzlichem Kontrast dazu ist die nationalsozialistische Revolution, welche die politischen Verhältnisse des deutschen Volkes grundstürzend verändert hat, auch in das evangelische Kirchenwesen getragen worden.« Der letzte Absatz der »Verbalnote« richtete sich mit deutlichen Worten gegen die »ausgesprochene Politisierung« der Kirche:

»Politisch waren die Triebfedern der kirchlichen Revolution, politisch ihre Ziele, politisch ihre (zum Teil hochbedenklichen) Mittel und Wege. Es war und ist doch auf nichts anderes abgesehen als darauf, die evangelische Kirche zu einem tauglichen Instrument im Dienste des ›totalen‹ Staates zu machen. In dem Maße aber, in welchem dieses Ziel verwirklicht wird, hört die Kirche auf, Kirche zu sein, und die ungezählten Deutschen aller Gauen und aller Stände, welche nun einmal außerstande sind, sich das nationalsozialistische Bekenntnis zu eigen zu machen, verlieren mit der Politisierung der Kirche ihr kirchliches Heimatgefühl und Heimatrecht noch mehr, als sie auf politisches Heimatgefühl und Heimatrecht in einem Staate verzichten müssen, der gerade in diesen Tagen der äußersten Hochspannung kein Bedenken trägt, Reichstagswahlen anzukündigen, durch welche nur eines klargestellt werden kann: die Unterscheidung von Nationalsozialisten, die allein politische Rechte haben, und von allen anderen, denen man jedes politische Recht vorenthält.«

Pechmann hatte seinen »Schritt« – den Austritt aus der Deutschen Evangelischen Kirche – offensichtlich hinausgezögert. Doch am 2. April 1934 erklärte er in einem Brief an den Reichsbischof, der auch in kirchlichen Zeitschriften veröffentlicht worden ist,³³ seinen Austritt. Noch einmal kommt er darin auf seinen »Rat« zurück, das auf »Rechtsbruch« beruhende Verfassungswerk einer Revision zu unterziehen und »auf den verlassenen Rechtsboden« zurückzukehren, fürchte aber, das werde nicht geschehen. Bemerkenswert ist es, dass Pechmann in der Begründung seines Austritts nicht nur die »Vergewaltigung der Kirche«, gegen die er seit dem April 1933 protestiert hat, erwähnt, sondern auch das Schweigen der Kirche »zu all' dem Jammer und Herzeleid, das man, aus einem Extrem ins andere fallend, in ungezählte ›nichtarische‹ Herzen und Häuser, christliche und jüdische, getragen hat«. Hier zeigt sich erneut, wie eng für Pechmann die kirchenrechtliche Verfassungsproblematik verschränkt war mit der Haltung der Kirche zum Unrecht an den Juden.

Wilhelm von Pechmann hat in seinen Briefen der folgenden Jahre wiederholt »jene verhängnisvollen Sitzungstage« des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses vom 25./26. April 1933 erwähnt. Es hat ihn offensichtlich schwer

33 EBD., S. 79f. Der Brief wurde veröffentlicht von der »Allgemeinen evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung« 64, Leipzig 1934 und der »Jungen Kirche« 2 (1934).

belastet, dass er mit seinen Anträgen, besonders mit dem Antrag zur »Judenfrage«, nicht hatte durchdringen können. Besonders enttäuscht hatte ihn, dass er bei Professor Arthur Titius, mit dem ihn »ein besonderes herzliches Verhältnis gegenseitigen Vertrauens verbunden« hatte, keine Unterstützung fand. An Martin Rade schrieb er am 24. September 1934: »Daß auch er (Titius) mich am 25. April vg. Js. im Kirchengausschuß allein gelassen hat, war mir gerade bei ihm besonders schmerzlich. Dies gilt insbesondere vom 26. April, an dem ich alles, aber auch alles aufgebieten habe, um für meine Anträge zur Judenfrage wenn nicht die einmütige Zustimmung des ganzen Ausschusses, so doch die einer überwältigenden Mehrheit zu gewinnen; und als ich, keineswegs an erster Stelle, aber doch mit ernstem Nachdruck auf das Urteil der uns befreundeten Auslandskirchen und darauf verwies, daß wir nicht nur unserer Kirche, sondern gerade auch unserem Volk und Vaterlande keinen Dienst von annähernd gleicher Tragweite tun könnten, als wenn wir endlich, endlich uns dazu aufrafften, da vernehmlich und deutlich zu sprechen, wo wir ohne Verletzung unseres Gewissens nicht länger schweigen dürften, habe ich gemeint, wenn auf irgend jemanden, dann gerade auf Titius sicher rechnen zu können.«³⁴

Die Niederschrift der Verhandlungen des Kirchengausschusses vom 26. April erwähnt, dass Titius zwar »der Sache nach« von Pechmann zustimmte, aber nicht in der Lage war, »Erklärungen zuzustimmen, die sich gegen gesetzgeberische Maßregeln zur Lösung des Problems richteten«. Nur gegen »das ungeordnete Verfahren« scheint sich – dem Protokoll zufolge – Titus gewandt zu haben. Auf Stellungnahmen des Auslandes³⁵ solle man keine Rücksicht nehmen. Besonders aufschlussreich ist die Notation, dass das »Bekanntwerden von Zahlen über die jüdische Überfremdung in Deutschland« bei Titius, »der keineswegs antisemitisch eingestellt sei, eine starke innere Wandlung hervorgerufen« habe. Als »schwierig« sah er es an, »einer besonderen Behandlung der Judenchristen das Wort zu reden, da dann der Zustrom zum Christentum in verhängnisvoller Weise verstärkt werden könnte.«³⁶ Das Ausschussprotokoll zitiert den zweiteiligen Antrag von Pechmanns nicht im Wortlaut, sondern referiert lediglich von Pechmanns Eintreten für Christen jüdischer Abstammung, was Armin Boyens offensichtlich zu dem irrtümlichen Schluss geführt hat, dass in der Ausschusssitzung niemand »die Rechtlosmachung der deutschen Mitbürger jüdischer Konfession erwähnte.«³⁷ Doch Pechmann hat sie

34 KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 110.

35 Die beim Bundeskirchenamt eingegangenen Schreiben bei BOYENS, *Kirchenkampf* (wie Anm. 21), S. 43f.

36 EBD., S. 297.

37 EBD., S. 45.

ausdrücklich erwähnt, was der in verschiedenen Briefen mehrfach zitierte Antrag vom 26. April 1933 belegt.

Martin Rade hatte in der »Christlichen Welt« (21/1935) einen Aufsatz »Zur deutschen Judengesetzgebung« geschrieben, den er von Pechmann zugeschickt hatte und der bei diesem – wie er in seinem Brief an Rade vom 18. November 1935³⁸ schrieb – »schmerzliche Überraschung« auslöste. Er könne sich nicht vorstellen, dass Rade alles nicht genau so beurteile und empfinde wie er, sein Aufsatz aber ließe davon »so gut wie nichts erkennen«. Rade antwortete ihm,³⁹ sein Aufsatz habe »mit der heutigen Öffentlichkeit zu rechnen, wenn er überhaupt das Licht der Welt erblicken sollte«. Ihm habe daran gelegen, überhaupt etwas dazu zu sagen, zudem habe sein Aufsatz »sich Zensur und Streichungen von Seiten der Verantwortlichen reichlich gefallen lassen müssen«. In seinem Brief an Rade geht Pechmann auch auf seine persönliche Stellung zur »Judenfrage« ein. Er sei »zwar nie, auch nicht zu Stöckers Zeiten, ausgesprochener Antisemit« gewesen, »noch weit weniger jedoch Philosemit, und niemand ist wohl allen Übergriffen und Überheblichkeiten der Juden bestimmter entgegengetreten als ich«. Doch dann fährt er fort: »Aber mit der gleichen Bestimmtheit lehne ich die Art und Weise ab, wie im heutigen Deutschland die Juden und sonstigen Nichtarier behandelt werden. Es bleibt mir ein tiefer Kummer, daß ich mit den ... Anträgen im Kirchengeschäft am 26. 4. 1933 völlig allein geblieben bin. Die materielle und seelische Not, welcher man die sogenannten Nichtarier aller Schattierungen unterschiedslos preisgibt, ist herzerreißend. Die Verantwortung der leitenden Kreise ist unausdenkbar schwer und die Mitverantwortung der schweigenden Kirche ... ist erdrückend.«

Das Schweigen der Kirche, das ihn schwer bedrückte, versuchte Wilhelm von Pechmann nach dem Novemberpogrom 1938 in zwei Briefen vom 14. und 15. November an Landesbischof Hans Meiser zu überwinden.⁴⁰ Mit ernster Eindringlichkeit mahnte er den Landesbischof: »Kann und darf die Kirche schweigen? Nimmermehr! Sie kann und darf es vollends nicht, nachdem sich der Herr Ministerpräsident⁴¹ in seiner gestrigen Rede im Zusammenhang mit der »Judenfrage« ausdrücklich auf die Einsicht der Kirche berufen hat: in einer Form, welche nicht mehr und nicht weniger als die Erwartung, ja das Verlangen erkennen läßt, daß zu der »gesetzlichen und harten Regelung der Judenfrage« die christliche Kirche mitwirke, die endlich das Wort Christi befolgen

38 KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 167f.

39 EBD., S. 168f.

40 EBD., S. 262ff.

41 Es handelt sich um den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert.

müsse: ›Mein Reich ist nicht von dieser Welt‹. Diese Rede kann nicht unbeantwortet bleiben.«

Wie früher schon, so drängte auch jetzt wieder von Pechmann darauf, dass »aus solchem Anlaß, in solcher Stunde die beiden christlichen Kirchen in Bayern gemeinsam oder doch so antworten wollten, daß über ihr volles Einvernehmen keinerlei Zweifel aufkommen kann«. Im zweiten Brief (vom 15. November 1933) wiederholt Pechmann seine eindringliche Bitte: »Davon, ob heute die christliche Kirche schweigt oder spricht, hängt nicht zuletzt für die Seele der bis zur Unerträglichkeit schwer geprüften Juden unausdenkbar viel ab.« Es sei »nicht von ferne irgend etwas wie Rechthaberei«, wenn er immer wieder daran denken müsse, »wie verhängnisvoll es war, daß an jenem 26. April 1933 der Kirchengeschichtsausschuß vergeblich gebeten wurde,« die ›Träger der öffentlichen Gewalt‹ zu ermahnen, »die Grenzen nicht zu überschreiten, die durch die Gebote der Gerechtigkeit und der christlichen Liebe gezogen werden«. Und er fährt fort: »Täusche ich mich oder ist nicht wirklich heute die Stunde gekommen, in der uns vergönnt ist und in der wir berufen sind, mit segensreichen Folgen nachzuholen, was damals versäumt worden ist?«

Der Brief an Landesbischof Meiser stellt diese Frage in engen Zusammenhang mit der von Pechmann mehrfach erhobenen Forderung, gemeinsam mit der katholischen Kirche zu reden. Wenn, so schreibt er, »in den von Tag zu Tag immer noch ernster werdenden Zeichen der Zeit etwas mit unverkennbarer Deutlichkeit geschrieben steht, so ist es die Mahnung an das hohepriesterliche Gebet unseres Herrn und Heilands und daran, daß wir uns, wengleich an eine Wiedervereinigung noch kaum zu denken ist, einstweilen wenigstens mit allen Christgläubigen eng und fest zusammenschließen: nicht nur um damit die Kraft des Widerstandes zu verstärken statt sie zu zersplittern, sondern in der Sorge vor dem glaubenshemmenden Ärgernis, das von aller Uneinigkeit unter denen ausgeht, für die jenes Gebet aller Gebete gesprochen worden ist«. Konkreter Anlass für diese Mahnung war, dass in den »Kampf gegen die Juden« auch »die katholische Kirche mit ihrem verehrungswürdigen Oberhirten hineingezogen« worden war. Es könnte, so schrieb er dem bayerischen Landesbischof, zur Quelle reichen Segens werden, wenn »unsere evangelische Kirche hier in Bayern den zweifachen Entschluß fände, sich erstens gegen die Judenverfolgung zu wenden, die für das deutsche Volk eine kaum wieder gutzumachende Niederlage ohnegleichen bedeutet, zweitens aber auch der katholischen Kirche zur Seite zu stehen, von welcher heute nicht politisiert, wohl aber – denken Sie nur an einen Mann wie Pater Rupert Mayer! – für das uns gemeinsame heilige Kreuz gekämpft wird«. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass sich von Pechmann im Juli 1937 in einem Brief an den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Franz Schlegelberger für den Jesuitenpater Rupert Mayer, für Martin Niemöller und für den Pfarrverweser Dietz

eingesetzt und zugleich in aller Deutlichkeit gegen das »Heimtücke-Gesetz« gewandt hat.⁴²

Ende November 1938 hatte Wilhelm von Pechmann eine Unterredung mit Landesbischof Meiser, in dem bei unverändertem gegenseitigem persönlichen Vertrauen »zum Teil tief gehende Meinungsverschiedenheiten« hervorgetreten waren. In einem Brief vom 20./21. Dezember⁴³ ging er nochmals auf die »mündliche Auseinandersetzung« ein. Er bekräftigte darin, »daß ich gerade in den zwei Hauptfragen jenes Abendgesprächs nach wie vor außerstande bin, meine hundertmal nachgeprüfte Überzeugung zu ändern. Ich meine die ungeheuerliche Juden- und Judenchristen-Verfolgung, dann aber und vor allem das Verhältnis der Konfessionen im Lichte der Gegenwart«. Und er fährt fort: »Nach wie vor kann ich nimmermehr davon abgehen, daß unsere Kirche sich einer schweren, auch folgenschweren Unterlassung schuldig macht, wenn sie nun auch zu all dem Unrecht schweigt und schweigt, durch welches – im vollen Widerspruch zu dem allenthalben erkennbaren gesunden Empfinden im Volke selbst – das deutsche Volk moralisch isoliert worden ist wie in seiner ganzen langen Geschichte noch nie.«

Noch einmal – ein letztes Mal – beschwor Pechmann im November 1941 den bayerischen Landesbischof, die Kirche solle ihr Schweigen brechen. In seinem Brief vom 8. November 1941⁴⁴ erinnerte er Meiser an seinen Antrag vom 26. April 1933, den er im Wortlaut zitiert, und fährt dann fort: »Was wir seitdem erlebt haben und immer von neuem erleben, geht über die Wahrnehmungen, welche mir diesen Antrag zur unabweislichen Pflicht gemacht hatten, weit, weit hinaus. Hemmungslos und ungehemmt wirkt sich eine Verfolgung aus, die immer neue Mittel erfindet, um wehrlose und schuldlose Christen jüdischer Abstammung ganz ebenso wie Juden dergestalt zu quälen, daß sich schon der gesunde Sinn unseres Volkes dagegen empört.«

Hieran knüpfte er die Frage, ob es nicht »Sache der christlichen Kirchen« wäre, ein »ernstes Wort der Mahnung und Warnung« an den Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers zu richten. Offensichtlich geht Pechmann hier noch, wie schon bei früheren Interventionen bei staatlichen Stellen und Persönlichkeiten, von der Fiktion aus, dass staatliche Instanzen eher ansprechbar wären als Parteistellen. Er war sich zwar darüber im Klaren, dass der Erfolg eines solchen Schrittes zweifelhaft war, doch die im Herbst 1941 verschärften Maßnahmen gegen die Juden haben ihn, das wird aus diesem Brief besonders deutlich, so schwer bedrückt, dass er sich gedrängt fühlte, die Kirchen doch noch zu einem eindeutigen Schritt zu bewegen. Wiederum regte er an, dass die evangelische

42 KANTZENBACH (wie Anm. 3), S. 226ff.

43 EBD., S. 266f.

44 EBD., S. 314f.

und die katholische Kirche gemeinsam auftreten sollten und drückte die Überzeugung aus, dass »vielen der treuesten Glieder unserer Landeskirche ein Stein vom Herzen fiel, wenn es endlich, endlich aus solchem Anlaß zu einem Zusammenwirken der christlichen Kirchen in Bayern käme«. Er war auch davon überzeugt, »daß auf katholischer Seite volle Bereitwilligkeit dazu vorhanden sein würde«, und er bot an, hierfür »Vermittlerdienste« zu leisten.

Eindringlich hielt er dem Landesbischof die Situation vor Augen: »Es ist geradezu himmelschreiend, wenn man hört und sieht, daß neuerdings sämtlichen Juden ohne Ausnahme die Benützung der Straßenbahn verboten ist, daß aber die in Arbeit stehenden Juden trotzdem angehalten werden, ihre Arbeitszeiten genau einzuhalten. Auch die Sperrung der öffentlichen Anlagen, sogar des Hofgartens und der Maximiliansanlagen u.s.w. für Juden gehört zu den Dingen, die, vom christlichen Standpunkt gar nicht zu reden, schon aus Gründen der Menschlichkeit geeignet sind, nicht weniger den deutschen Namen zu belasten, als die Opfer eines derartigen Sadismus zur Verzweiflung zu treiben. Es fehlt, das sehen wir nur allzu deutlich, keineswegs an ernstesten Zeichen, die dafür sprechen, daß die Leute, welche hinter dieser Judenverfolgung stehen, unter Umständen ganz ebenso gegen Christen vorgehen werden wie heute gegen die Juden. Wollen wir es darauf ankommen lassen, daß wir uns dann werden sagen müssen, wir haben es durch unser Schweigen verdient, daß es nun auch uns nicht besser geht?«⁴⁵

Der Brief an Bischof Meiser schließt mit der »inständigen« Bitte, »dieser Anregung Folge zu geben«. Er hätte sich zwar überlegt, selbst persönlich an Dr. Lammers zu schreiben, aber es wäre ihm »Herzenssache«, seine »Kirche – die nur zu lange und nur zu oft geschwiegen hat – zur Erfüllung einer mehr als naheliegenden Aufgabe zu bestimmen«.

Wilhelm von Pechmann hatte seit Anfang März 1933 seine evangelische Kirche vergeblich gedrängt und beschworen, gemeinsam mit der katholischen Kirche gegen die Verfolgung der Juden einzutreten. Er war einer der wenigen, die von Anfang an die Situation richtig beurteilt hatten. Er hatte das Wesen des »totalen Staates« als »Tyrannis« erkannt, und er sah darin das Wirken des Antichristen. Das aber war für ihn letztlich der tiefste Grund dafür, dass er für die Gemeinsamkeit von Evangelischen und Katholiken eintrat. An Bischof von Galen schrieb er in einem Brief vom 28. Februar 1936:⁴⁶ »... in allem Gram dieser bösen Zeit ist es eine ganz große Freude meines Alters, daß ich mich mit allen Christgläubigen und wahrlich nicht zuletzt mit ihren Führern in der katholischen Kirche umso enger und fester verbunden fühle und weiß, je deutlicher in den Erscheinungen der Zeit das Zeichen des Antichrists hervortritt.«

45 Aus den von Kantzenbach edierten Briefen geht nicht hervor, ob Pechmann von der Deportation der Juden Kenntnis hatte.

46 EBD., S. 186.

Schon im Juli 1935 hatte er in einem Brief an den Berliner Bischof von Preysing im Zusammenhang mit dem Kampf um die Erhaltung der Bekenntnisschulen (für die sich von Pechmann nachdrücklich eingesetzt hatte) hervorgehoben, dass es für die Kirche um die »Abwehr des ausgesprochenen und des verschleierte Antichristentums« ginge. Ähnliche Gedanken finden sich auch in anderen Briefen der folgenden Jahre. So heißt es im Dezember 1938 in einem Brief an Professor Hermann Mulert in Kiel,⁴⁷ er könne nicht den Optimismus teilen, »der am Ende dieser unserer Weltzeit nicht das machtvolle Vordringen des Antichrists sieht, sondern den von uns erkämpften diesseitigen Sieg der christlichen Botschaft«. Er war davon überzeugt, dass es nicht die Aufgabe sei, dafür zu sorgen, dass die Welt vor dem Ablauf ihrer Zeit noch christlich werde. »Was ich im Sinne habe, ist die ungleich kleinere Welt unserer Kirche, und aus der Fülle dessen, was ihr befohlen, mit besonderer Dringlichkeit gerade jetzt befohlen ist, hebt sich für mich eines heraus, woran, soweit ich sehe, wenig und insbesondere von meinen engeren Glaubensgenossen, den Lutheranern, viel zu wenig gedacht wird: ut omnes unum!« Wenn auch noch nicht zu erkennen sei, wie und wann die Kirchenspaltung des 16. Jahrhunderts überwunden werde, so lag ihm doch »alles an der inständigen Bitte: fangen wir doch endlich einmal an, mit dem, was möglich, und was das wichtigste ist: mit dem inneren Zusammenschluß aller Christgläubigen zu den Füßen des Kreuzes!« So könne und solle an die Stelle des Nebeneinanders und Gegeneinanders »jenes Miteinander und Füreinander treten, das der Herr finden will, wenn Er kommt: das Mit- und Füreinander einer Christlichen Welt!«

Diese »eschatologische« Sichtweise bestimmte letztlich auch seine Beurteilung der Weltanschauung und Realität der nationalsozialistischen Partei. In einem Brief an Hans Freiherr von der Goltz vom 1. April 1939⁴⁸ sprach er von der »Unfehlbarkeit«⁴⁹, welche heute eine »Partei« in Anspruch nimmt und mit »groß Macht und viel List« weit über alles hinaus, was ehemals die schlimmste Tyrannei auch nur geplant hätte, durch eine Hierarchie von größeren, kleineren und kleinsten Päpsten zu einer allumfassenden, alldurchdringenden Gewaltherrschaft ausbaut, an die ich – noch dazu auf deutschem Boden und im Namen des deutschen Volkstums! – bei allem angeborenen und ausgewachsenen Pessimismus doch in den bösesten Träumen nie von ferne gedacht hätte! Was kraft dieser Unfehlbarkeit in wenigen Jahren schon zugrunde

47 EBD., S. 265f. Mulert, 1932–1941 als Rades Nachfolger Herausgeber der »Christlichen Welt«, war 1935 zwangsweise emeritiert worden.

48 EBD., S. 273. Von der Goltz war bis 1935 Oberkonsistorialpräsident der Rheinprovinz.

49 Schon im September hatte Pechmann in einem Brief an Prof. Gerhard Kittel geschrieben: »... wie konnte es überhaupt dazu kommen, daß sich evangelische Theologen in so großer Zahl einer Partei verschrieben haben, welche dem Führer ihres »totalen Staates« jedenfalls praktisch, im Grunde aber auch theoretisch eine Unfehlbarkeit zuschreibt, gegen die das unfehlbare Lehramt des Papstes wie ein blasser Schatten verschwindet«. EBD., S. 92.

gerichtet worden ist und zusehends weiter zugrunde gerichtet wird – alles auf den Trümmern des ersten Gebots! –, das vermag ich anders als eschatologisch in meiner 80jährigen Gedankenwelt überhaupt nicht unterzubringen.«

Zutiefst bekümmerten ihn »die, gelinde gesagt, Blindheit so vieler meiner engeren und engsten Glaubensgenossen«, die den Feind noch immer in der katholischen Kirche sahen und sich von allen seinen Vorhaltungen nicht berühren ließen »in ihren immer neuen Huldigungen für eine Partei«, die in von Pechmanns Augen »un- und widerdeutsch« und »durch und durch widerchristlich« war. Wo immer ihm in der evangelischen Kirche und besonders bei Theologen Bekundungen der »Loyalität gegen die erfolgreichen Träger der heutigen Staatsgewalt«⁵⁰ begegnete, hat er offen und freimütig widersprochen und das wahre Wesen des nationalsozialistischen Regimes enthüllt. So schrieb er beispielsweise in einem Brief vom 5. Juni 1936 an Pfarrer D. Herz, in dem er wegen eines Aufsatzes »Die neue deutsche Staatsauffassung und die Aufgaben der evangelischen Kirche«, erschienen in der von diesem herausgegebenen Zeitschrift »Evangelisch-Sozial«, seinen Austritt aus dem Evangelisch-Sozialen Kongress erklärte: »Ich trage namenlos schwer an der Tyranis von heute, besonders schwer an der Unwahrhaftigkeit, mit der man wagt, von Recht und Freiheit und von Treue zu reden, obwohl wir nichts von alledem mehr haben, aber am schwersten doch vielleicht an der Bereitwilligkeit, mit welcher weite Kreise und führende Männer unseres evangelischen Kirchenwesens jener Tyranis huldigen, von der doch am Tage liegt, daß sie mit großer Macht und viel List zielbewußt darauf ausgeht, unser Volk, vor allem seine Jugend zu entchristlichen.«⁵¹ Wenige Wochen danach trat Freiherr von Pechmann der Bekennenden Kirche bei.

Es würde den Rahmen des gewählten Themas weit überschreiten, auf Wilhelm von Pechmanns weit verzweigtes Wirken im Kirchenkampf näher einzugehen. Nach allem, was über seine kirchlich-ökumenische Intention angedeutet werden konnte und was er im Bemühen, seine lutherische Kirche zum Sprechen zu bewegen, erfahren hat, ist es verständlich, dass sich seine Bindung an seine Kirche zunehmend lockerte und dass er schließlich 1946 in die Kirche seiner Väter, die katholische Kirche, »heimgekehrt« ist.⁵² Doch die Wege des bewussten und unkonfessionalistischen Lutheraners und Ökumenikers bis zu dieser »Heimkehr« bedürfen einer eigenen eingehenden Würdigung. Auf diesem Wege aber war er das vergeblich mahnende Gewissen seiner evangelischen Kirche, ein leuchtender Stern in dunkler Zeit.

50 EBD., S. 174, Brief an die Direktion der Diakonissenanstalt Düsseldorf-Kaiserswerth.

51 EBD., S. 195.

52 EBD., S. 326 in seinem Brief an die Theologische Fakultät Erlangen, deren Ehrendoktor er war.

